

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. III, S. 57–64

Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

5. Februar 1918

Jahresberichte der Industrie und des Handels

Schwefelerzeugung und -verbrauch der Welt. Nach dem Bericht der Dominions Commission wird, laut „Statist“, die Gesamt-erzeugung reinen Schwefels in der Welt auf rund 8 Mill. t jährlich geschätzt, wovon etwa die Hälfte aus Sizilien kommt. Eine sehr bedeutende, weitere Bezugsquelle sind die Vereinigten Staaten; dann kommen Japan und Spanien. Auch in Neuseeland gibt es beträchtliche Lagerstätten. Zeitweilig betrug die dortige Ausfuhr sogar 100 000 englische Zentner, doch haben Arbeiterschwierigkeiten und die große Entfernung von einem bedeutenden Verbrauchsmarkt zur Einstellung der an sich ausdehnungsfähigen Betriebe geführt, so daß schon einige Jahre vor dem Kriege nichts ausgeführt wurde. Der Gedanke, den Betrieb im Kriege wieder aufzunehmen, scheint an Frachtschwierigkeiten gescheitert zu sein. England führt wenig reinen Schwefel ein, führt aber jährlich fast 40 000 Ztr. aus, hauptsächlich nach den Vereinigten Staaten, Canada und Südafrika. Canada importiert jährlich fast 500 000 Ztr., hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten, aber auch aus Japan, Italien und England; Australien über 400 000 Ztr. zu ziemlich gleichen Teilen aus Italien und Japan. Neuseeland führt trotz des Besitzes eigener Gruben seinen Bedarf aus Japan ein. Südafrika bezieht jährlich etwa 350 000 Ztr. zu fast gleichen Teilen aus Spanien und Italien, neben einer kleinen Menge aus England. Die Nachfrage Englands bemißt sich nicht nach Zentnern, sondern Tonnen. Während einiger Jahre vor dem Kriege pflegte es 800 000–900 000 t einzuführen, und zwar, außer einer kleinen Menge reinen Schwefels, in der Form von Schwefelkies, der besonders in Verbindung mit Kupfer außer seinem Metallgehalt Schwefelsäure hergibt; in dieser Form erhält das Vereinigte Königreich etwa 95% seines Bedarfs. Solche Erze wurden vor dem Kriege zu etwa 60% aus Spanien bezogen, Norwegen und Portugal lieferten weniger. Das britische Reich steuerte im Jahre vor dem Kriege nur 30 000 t bei. In England selbst wird wenig solches Erz gefördert, dagegen in Canada. Vor dem Kriege war die Einfuhr von dort klein, ist aber inzwischen auf 250 000–300 000 t jährlich gestiegen. (N. Allg. Ztg.) Gr.

Jamaikas Außenhandel betrug (in Pfd. Sterl.):

	1916	1915
Einfuhr	3 107 000	2 327 000
Ausfuhr	2 821 000	2 229 000

Die Zunahme findet ihre Erklärung im wesentlichen in der Preissteigerung. Die Ausfuhr würde stärker zugenommen haben, wenn nicht ein Unwetter im August die Bananenpflanzungen so sehr verwüstet hätte, daß nachher so gut wie keine Bananen mehr ausgeführt werden konnten. Die Waren, deren Ausfuhr eine Steigerung aufweist, sind (in Pfd. Sterl.): Zuckerrohrprodukte (606 603), Farbhölzer (281 807), Farbstoffextrakte (207 461), Cocosnüsse (61 980), Kakao (14 355), Häute und Felle (28 854), Honig (9963); eine Abnahme trat ein bei Kaffee (37 028) und Piment (22 643). Wie sich im Laufe der Zeit der Handelsverkehr mit den einzelnen Ländern gestaltet hat, veranschaulicht folgende Zusammenstellung:

Herkunfts- und Bestimmungsländ	1876	1886	1896	1906	1916	1876	1886	1896	1906	1916
England	53,6	54,8	49,9	49,8	32,4	0,9	39,9	27,7	19,4	43,4
Vereinigte Staaten	29,2	33,6	39,4	38,2	57,4	0,0	43,9	56,9	57,4	32,7
Canada	12,4	8,4	8,2	8,1	7,5	0,2	3,5	1,6	6,1	13,7
Andere Länder	4,8	3,2	2,5	3,9	2,7	8,9	12,7	13,8	17,1	10,2

„Financial Times“ vom 27./12. 1917.)

Sf.

Frankreichs Kohlenförderung betrug 1917 nach „Information“ (Finanzbeilage) vom 18./1. rund 29 Mill. t gegen 20 im Jahre 1916, wobei die Zahlen für November und Dezember geschätzt sind. Die ersten 10 Monate weisen folgende Mengen (in Mill. t) auf: Januar 2,01, Februar 1,90, März 2,37, April 2,18, Mai 2,30, Juni 2,35, Juli 2,41, August 2,68, September 2,70, Oktober 2,78. Sf.

Englands Kohlenförderung. Laut „Iron and Coal Trade Review“ ist die englische Kohlenförderung im verflossenen Jahre auf rund 50 Mill. (i. V. 52 080 000) t zu schätzen. Von der Ausfuhr von 22 Mill. t ging annähernd die Hälfte nach Frankreich. Wth.

Englands Außenhandel im Jahre 1917. Nach den uns zugehenden Berichten zeigen für den Monat Dezember 1917 die Zahlen des englischen Außenhandels sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr

erhebliche Rückgänge gegenüber den ungewöhnlich hohen Zahlen des vorangegangenen Monats. Die Einfuhr abzüglich der Wiederausfuhr stellte sich auf 81 616 925 Pfd. Sterl. gegen 106 039 543 Pfd. Sterl. im November, und die Ausfuhr betrug im Dezember 37 140 514 Pfd. Sterl. gegen 43 382 335 Pfd. Sterl. im vorangegangenen Monat. Hieraus berechnet sich der Einfuhrüberschuß für den Monat Dezember auf 44 476 411 Pfd. Sterl. gegen 62 657 108 Pfd. Sterl. im November. Für das ganze Jahr 1917 beträgt die Einfuhr abzüglich Wiederausfuhr 995 704 166 Pfd. Sterl., die Ausfuhr 525 308 991 Pfd. Sterl., der Einfuhrüberschuß 470 395 175 Pfd. Sterl. Dadurch, daß die Einfuhr die Ausfuhr so sehr übersteigt, ist die englische Zahlungsbilanz in ungünstigster Weise beeinflusst worden. Vergewärtigt man sich die Gestaltung des englischen Außenhandels für die letzten fünf Jahre, so stellen sich die Einfuhrüberschüsse wie folgt: 1913 133 914 413 Pfd. Sterl., 1914 170 439 590 Pfd. Sterl., 1915 370 311 820 Pfd. Sterl., 1916 344 660 607 Pfd. Sterl., 1917 470 395 175 Pfd. Sterl. Im Jahre 1917 ist also der Einfuhrüberschuß ganz gewaltig in die Höhe gesprungen, ein Umstand, der zum Teil mit einer Änderung der englischen Handelsstatistik zusammenhängt. Wie schon früher hervorgehoben, sind nämlich seit dem 1. 7. 1917 alle auf Rechnung der englischen Regierung eingeführten Waren ausnahmslos in die Statistik mit aufgenommen worden, während das bis zu jenem Zeitpunkt nicht geschehen war. Zum anderen Teil ist aber die gewaltige Erhöhung des Einfuhrüberschusses unmittelbar der Wirkung des verschärften Unterseebootkrieges zuzuschreiben, denn infolge der Tätigkeit unserer Unterseeboote sind die Preise aller Waren am englischen Markt, wie die Indexzahlen des „Economist“ deutlich erkennen lassen, im vergangenen Jahr gewaltig in die Höhe gegangen. Es ist deshalb auch sicher, daß der Menge nach sowohl die englische Einfuhr wie auch die Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr beträchtlich abgenommen hat, wenn auch die Monatszahlen der zweiten Hälfte des Jahres 1917 in ihren Wertangaben diejenigen der entsprechenden Monate des Vorjahres nach übertreffen. Daß das auch die englische Auffassung ist, zeigt ein Artikel der „Times“, der auf die unbefriedigende Erscheinung hinweist, daß im Monat Dezember 1917 der Wert der eingeführten Nahrungsmittel, Getränke usw. nur 27 065 662 Pfd. Sterl. gegen 34 590 599 Pfd. Sterl. im Dezember vorigen Jahres betragen hat. Dazu bemerkt das genannte Blatt, daß sich unter Berücksichtigung der allgemeinen Preissteigerung hieraus eine starke Abnahme in den verfügbaren Beständen an Nahrungsmitteln aller Art ergebe. on.

Seidenherzeugung und -industrie der Türkei. Die europäische Türkei mit dem Wilajet Adrianopel hat im Jahre 1912 für sich allein eine Erzeugung von 500 000 kg ergeben, ein Resultat, welches in den letzten Jahren etwas zurückgegangen ist. Reich an Seide sind auch die jetzt unter bulgarischer Herrschaft stehenden früheren türkischen Bezirke, deren Ertrag jedoch nicht viel mehr ausmacht, als der des genannten Wilajets Adrianopel. — Das reichste Seidengebiet der asiatischen Türkei sind die Wilajets Brussa und Ismidt mit zusammen rund 4 Mill. kg frischer Kokons im Jahre 1912. Auch hier ist die Erzeugung in den nächsten Jahren zurückgegangen, da die nötigen Arbeitskräfte fehlen. — Wichtig sind noch die Be-

zirke in Syrien inkl. Aleppo und Beirut mit einem Ergebnis von über 4 Mill. kg, ferner Smyrna mit 200 000, Adana mit 120 000 und Diarbekir-Sivas und die Häfen des Schwarzen Meeres mit 400 000 kg. Es kann somit ein Durchschnittsergebnis von 10 Mill. kg frischer Kokons als jährlicher Ernteertrag gerechnet werden. Durch die großen Bemühungen des kompetenten Ministeriums und der Staatsschuldenverwaltung hofft man die Erzeugung einige Jahre nach dem Kriege um ein Vielfaches zu erhöhen, da noch neue Gebiete für die Seidenzucht erschlossen werden sollen. — Was die Rohseide anlangt, so ist zufolge primitiver Einrichtungen das erzielte Resultat bisher noch sehr klein, obwohl die Qualitäten sehr schön zu nennen sind. Auch in Seidengewebe wird für den inländischen Gebrauch schon viel hergestellt. Brussa stellt hauptsächlich Seidenkrepp her, wogegen aus Damaskus schöne glatte, sehr dauerhafte Seiden bis in die schwersten Qualitäten geliefert werden. Der

Hauptabnehmer war früher Frankreich. Seit Kriegsbeginn haben Deutschland, Österreich und die Schweiz große Posten bezogen, und seit dem Jahre 1916 werden die Kokons fast nur an die Zentralmächte geliefert. (Bulg. Hdl.-Ztg.) *Gr.*

Aus dem türkischen Bergbau. Unter den Flugschriften der Zentralgeschäftsstelle für deutsch-türkische Wirtschaftsfragen (Verlag von Gustav Kiepenheuer in Weimar) bringt das vierte Heft eine Arbeit von Dr. Gustav Fester, Professor an der Universität Stambul, über die türkische Bergbaustatistik. Fester gibt darin eine Übersicht über die in der Türkei verliehenen Bergbaukonzessionen und eine Statistik über die Förderung der türkischen Bergwerke in den Jahren 1318—1327 (14./3. 1902 bis 13./3. 1912). Die Statistik zeigt, daß die Türkei offenbar über eine ganze Reihe von Bodenschätzen verfügt, die wohl auch noch in größerem Umfang als bisher nutzbar gemacht werden können. Aus den Angaben der Statistik führen wir die Förderung einiger der wichtigsten Erzeugnisse hier an:

	1906 t	1912 t
Steinkohle	544 108	857 850
Kohlenstaub	66 848	45 934
Braunkohle	24 195	38 375
Chromerz	27 531	17 095
Schmirgel	23 795	29 430
Silberhaltiges Blei . .	8 386	11 544
Zinkerz	3 271	5 261
Rohkupfer	750	1 040
Antimonerz	881	697
Manganerz	131	1 393
Ton	7 392	8 134

Danach ist vor allem die Steinkohlenförderung, die erste Grundlage jeder industriellen Tätigkeit, nicht unbedeutend. Ungefähr drei Viertel der angeführten Förderung entfallen auf die Herakleasgesellschaft, welche die Steinkohlenfelder von Ereklia ausbeutet. Die Fester'sche Arbeit bringt in einem besonderen Abschnitt außerdem noch Einzelangaben über die wichtigsten Bergwerksbetriebe, und zwar sowohl die unter staatlicher wie die unter privater Verwaltung stehenden. *dn.*

Die Zuckerverzeugung des Australischen Bundes der diesjährigen Ernte wird von Pritchard, dem Sekretär des Verbandes australischer Zuckerproduzenten auf 320 000 t, geschätzt, wovon auf Queensland 300 000 t entfallen. Der australische Verbrauch wird auf 265 000 t geschätzt, so daß zum erstenmal die Erzeugung den Verbrauch übertrifft; die Ausfuhr ist aber verboten. Pritchard fordert Maßnahmen zum Schutze des einheimischen Zuckerbaues gegen die deutsch-österreichischen „dumping“-Methoden. („Financial Times“ vom 27./12. 1917.) *Sf.*

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Panama. Die Ausfuhr von Silber in Münzen und Barren ist unterm 30./8. 1917 verboten worden. (The Board of Trade Journal vom 4./10. 1917.) *Sf.*

Uruguay. Laut Verordnung vom 16./7. 1917 unterliegen chemische und pharmazeutische Erzeugnisse bei der Einfuhr der amtlichen Untersuchung, bevor sie von den Zollämtern freigegeben werden. Erzeugnisse, die dem im Arzneibuch festgesetzten Reinheitsgrad nicht entsprechen, sind von der Einfuhr ausgeschlossen und müssen binnen 30 Tagen wieder ausgeführt werden. (The Board of Trade Journal vom 4./10. 1917.) *Sf.*

Japan. Die Regierung hat Verfügungen erlassen, um der außergewöhnlichen Verteuerung der zur Lebensführung unerläßlichen Bedarfsartikel entgegenzutreten und dem Anhäufen solcher Artikel zu Gewinn- und Wucherzwecken zu steuern. Es werden besonders in Betracht kommen: Korn, Eisen, Kohle, Baumwollgarn und -stoff, Papier, Farbstoffe, Chemikalien und Arzneien. *on.*

England. Nach einer telegraphischen Mitteilung aus London verbietet eine britische Proklamation vom 16./1. die Einfuhr folgender Waren in das Vereinigte Königreich: Spießglanz, Spießglanz, roh, Spießglanzkönig, Antimonsulfid, Teppiche und Decken aller Art. *ar.*

Frankreich. Die Ausfuhr und Wiederausfuhr von Magnesia und kohlensaurer Magnesia aus den französischen Kolonien und Schutzländern, ausgenommen Tunis und Marokko, nach anderen Ländern als Frankreich, seinen Kolonien und Schutzländern ist unterm 30./11. 1917 verboten worden. (J. off. vom 8./12. 1917.) *Sf.*

Norwegen. Ausfuhrverbote vom 18./1. 1918 betreffen chromsaure Salze und Chromalaun. *Sf.*

Österreich. Der Handelsminister hat die Bildung eines Expertenkomitees für den Exporthandel angeordnet, in dem nicht nur die regelmäßigen Exporteure, sondern auch andere, bei der Ausfuhr besonders interessierte industrielle Gruppen vertreten sein sollen. Die Zahl der Mitglieder übersteigt nicht 45; sie werden durch den Handelsminister ernannt und unterstehen der staatlichen Aufsicht durch einen Kommissär der Regierung. In allen hauptsächlichen Fragen wird es sich in Verbindung setzen mit dem schon bestehenden Wirtschaftlichen Ausschuß der Kaufleute. Eine der Aufgaben des Komitees ist die Mitarbeit bei den Maßnahmen für den Krieg und für die Übergangszeit zur Friedenswirtschaft in Hinsicht auf die Ausfuhr. *on.*

Ein Gesetzentwurf zur Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit ist kürzlich dem Reichsrat zur Verhandlung vorgelegt worden. Zum Wirkungskreis des Ministeriums sollen außer der eigentlichen Krankheitsbekämpfung u. a. noch folgende Gebiete gehören: Hygiene der Städte (Abwasserbeseitigung usw.), Verkehrshygiene, Ernährungshygiene (Überwachung des Lebensmittelverkehrs, Untersuchungsanstalten für Lebensmittel), Berufs-, Gewerbe- und Unfallhygiene, insbesondere Verhütung und Bekämpfung der Berufskrankheiten, Mitwirkung in gesundheitlicher Hinsicht auf dem Gebiete des Gewerbes, der Industrie und des Handels; Bergbauhygiene; Apothekenwesen (Verkehr mit Heilmitteln, diätetischen und kosmetischen Mitteln, Giften und gesundheitsgefährlichen Stoffen); ferner gesundheitliche Fürsorge für Kriegsbeschädigte. (D. Med. Wochenschr.) *Stn.*

Deutschland. Auf Grund des § 20 Absatz 2 des Patentgesetzes vom 7./4. 1891 (Reichs-Gesetzbl. S. 79) werden die Bestimmungen über die Anmeldung von Erfindungen vom 22./11. 1898 zu § 4 a und b wie folgt abgeändert: Bis auf weiteres braucht bis zum Beschluß über die Bekanntmachung der Anmeldung die Hauptzeichnung nur dann vorgelegt zu werden, wenn das Patentamt es fordert. Handelt es sich um einen Gegenstand einfacher Art, so genügt für die Nebenzeichnung zunächst eine ohne Einhaltung der Regeln des technischen Zeichnens gefertigte Darstellung (Handskizze). *Gr.*

Sicherstellung der Benzolverzeugung. Die Inspektion des Kraftfahrwesens hat verfügt, daß die Benzolfabriken grundsätzlich keine Benzolverzeugnisse zum Selbstverbrauch für die Herstellung von Leinölersatz, Lacken und Farben verwenden dürfen. Auch die kleinsten Mengen fallen unter die Verfügung. *dn.*

Freigabe von Rohrzucker. Die Zuckerverteilungsstelle hat die Januarrate zur allmählichen Lieferung im Januar freigegeben. Da die Zuckersiedereien die Säcke den Rohrzuckerfabriken erst zur Füllung einsenden müssen, ist es ausgeschlossen, daß die Lieferung bis zum Schluß des Monats Januar beendet sein kann. Erfolgt die Lieferung seitens der Rohrzuckerfabrik erst im Februar, kann diese doch nur 23,15 M ohne Sack, 88% Rend., der Berechnung zur Grundlage nehmen, da nach § 7 Absatz 1 der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17./10. 1917 der von der Reichszuckerstelle für die Lieferung vorgeschriebene Zeitpunkt als Zeitpunkt der Lieferung gilt. *ll.*

Die angekündigte Verordnung über die Herstellung von Bier und die Erhöhung der Bierpreise ist nunmehr erlassen worden. Das Kriegsernährungsamt hat für das norddeutsche Brausteuergelände neue Bestimmungen über den Stammwürzegehalt und den Herstellerpreis des Bieres erlassen. Bier, das auf Anfordern der Heeres- oder Marineverwaltung an die Feldtruppen zu liefern ist, ist wie bisher ausgenommen. Dagegen sind in den Bereich der Regelung auch das obergärige Bier und die bierähnlichen Getränke (Ersatzbier) einbezogen worden. Bier (obergäriges und untergäriges) und bierähnliche Getränke dürfen nur mehr mit einem Stammwürzegehalt bis zu 3% an Extraktstoffen hergestellt werden. Diese Einschränkung bezweckt, die Bierversorgung wegen der geringen Rohstoffmengen, die der Bierherstellung zur Verfügung gestellt werden können, möglichst zu strecken und eine gleichmäßige Heranziehung der Brauindustrie zur Versorgung der Rüstungs- und Schwerarbeiter zu gewährleisten. Praktisch wird diese Begrenzung von der Brauindustrie mit verschwindenden Ausnahmen schon jetzt eingehalten. Der Herstellerhöchstpreis ist ohne Rücksicht auf den Stammwürzegehalt für untergäriges und obergäriges Bier einheitlich auf 23 M, für bierähnliche Getränke auf 21 M für 100 l festgesetzt worden. Die Höchstpreise gelten auch beim Verkaufe durch am Ort der Herstellung ansässige Bierverleger, sonstige Vermittler oder Zwischenhändler sowie beim Verkaufe nach dem Herstellungsort durch solche Personen. Noch nicht erfüllte, zu höheren Preisen abgeschlossene Lieferungsverträge gelten als zum Höchstpreis abgeschlossen. In die Bestimmungen über die Beförderungskosten sind gemäß den Bedürfnissen der Praxis auch solche über die Versendung mit Fuhrwerk über den Herstellungsort hinaus sowie über die Rückbeförderung der leeren Fässer mit aufgenommen worden. Bier und bierähnliche Getränke untereinander gemischt zu verkaufen, ist ausdrücklich verboten worden. *dn.*

Marktberichte.

Zur Lage der Siegerländer Industrie. Unsere wirtschaftlichen Kriegsnots spitzten sich mehr und mehr zu einer allgemeinen Verkehrs- und Transportnot zu. Alle anderen Übelstände, wie Materialmangel und Leutenot, treten heute gegenüber den Verkehrsnots zurück. Die Maßnahmen, welche die Eisenbahn bis heute ergriffen hat, um den Güterverkehr einigermaßen den Ansprüchen gemäß zu gestalten und zu heben, haben den gewünschten Erfolg nicht gehabt. In dem Siegerländer und Nassauer Industriebezirk mit seiner ungünstigen Frachtlage zu den Brennstoffen kommen die schwierigen Transportverhältnisse in besonderem Maße zum Ausdruck. Bekanntlich erschwert diese Ungunst der Verhältnisse schon in Friedenszeiten diesen industriereichen Gegenden den Wettbewerb mit anderen Industriegegenden. In der Koks- und Zuluhr haben sich die Verhältnisse im Siegerlande wesentlich gebessert, insofern als genügende Mengen herangeschafft werden, während die Walzwerksbetriebe vollständig unzulänglich versorgt werden. Auch in der Zufuhr des Halbzeugs treten fortgesetzt Stockungen auf, die indessen zum großen Teile durch die liefernden Werke verschuldet werden. — Der Stahlwerksbetrieb vollzieht sich etwas geregelter, weil den Stahlwerken das Einsatzmaterial in genügender Menge zur Verfügung steht und der hauptsächlich erzeugte Siemens-Martin Stahl in den eigenen Betrieben weiter verarbeitet wird. Die Schrottzufuhr ist im allgemeinen noch ausreichend, wenn der Eingang aus den besetzten Gebieten an Altmaterial auch nachgelassen hat. — Was die Eisensteingruben betrifft, so sind ihre Ansprüche auf Preiserhöhung für Eisenstein durch die ihnen ab 1./1. zubilligte Erhöhung von 7 M auf die Tonne Rostspat zunächst zufriedengestellt. Die Förderung der Gruben hat sich aber nicht weiter steigern lassen. Der Erzversand hat unter der Wagenalamität der letzten Monate etwas Not gelitten, und es liegen noch heute Vorräte auf den Gruben, die der Abfuhr harren. In den letzten Wochen hat sich der Versand etwas regelmäßiger vollzogen. Obwohl den Arbeitern mit der Preiserhöhung auch eine 15% ige Lohn-erhöhung zugestanden worden ist, scheinen sie mit ihren Verdienstverhältnissen noch keineswegs zufrieden zu sein und stärkere Lohnsteigerungen anzustreben. Für das laufende Vierteljahr sind die zur Verfügung stehenden Mengen unter die Verbraucher verteilt. Bekanntlich nimmt die Manganerzverteilungsstelle in Düsseldorf diese Verteilung vor. Bei den nassauischen Gruben hält sich die Förderung im allgemeinen auf der bisherigen Höhe, die die Durchschnittsfriedensförderung darstellt. Die Bestrebungen, die auf Stilllegung jener Gruben zwecks Übergang der Arbeiter auf die Manganerzgruben gerichtet waren, scheinen wieder fallengelassen zu sein, da die Vorteile einer derartigen Zusammenlegung oder Stilllegung doch etwas problematischer Natur gewesen wären. Auch sonst scheint man der Stilllegung und Zusammenlegung von Betrieben zwecks Erzielung größerer Einheitlichkeit in der Erzeugung und Betriebsführung heute schon zweifelnd gegenüberzustehen und den ganzen Plan wieder fallenzulassen, da der Zweck der Kohlen- und Arbeitersparnis, den man damit verfolgte, doch nicht erreicht wird. Die Kohlenfrage ist bekanntlich keine Mangelfrage, sondern eine Transportfrage, und die Arbeiterfrage tritt heute schon etwas mehr in den Hintergrund, nachdem man sich auf den Werken mit den zur Verfügung stehenden weiblichen und männlichen Arbeitskräften zur Not eingerichtet hat. — Was die Hütten- und Roheisenindustrie anbelangt, so hält sich die Roheisenherzeugung auf der bisherigen Höhe, die Hochöfen des Siegerlandes sind alle im Betrieb und arbeiten fast ausschließlich auf Stahl- und Spiegelroheisen und geringe Mengen Spezialsorten, wie graues Walzengusseisen. Die Koksversorgung ist ausreichend. Die Heranschaffung der Koks mengen vollzieht sich aber ziemlich unregelmäßig. Mit Eisenstein sind die Hütten ebenfalls ausreichend versorgt, so daß die Rohstoffzufuhr bei den Hochöfen sich leidlich gut vollzieht. Die Qualitätsroheisenherzeugung reicht für unsere Munitionsherstellung noch immer aus, obschon die Lieferung in der Hauptsache auf den Schultern der Siegerländer Hütten ruht, da die großen rheinisch-westfälischen Hüttenwerke bekanntlich in der Zeit der großen Roheisenknappheit Abgeber für Roheisen nicht sind, sondern das erzeugte Roheisen selbst weiter verarbeiten. Die Preisfrage für Roheisen ist zur Zeit wieder im Fluß, und es finden in Berlin Verhandlungen mit der Kriegsrohstoffabteilung statt, die den Zweck haben, eine Erhöhung der Roheisenpreise durchzuführen. Man wird mit einer Erhöhung von durchschnittlich 7—14 M für Qualitätsorten zu rechnen haben. Die internen Verrechnungspreise des Roheisenverbandes sind bekanntlich schon seit dem 1./11. 1917 erhöht worden.

Wth.

Die Lage am amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt und die neuen Schneefälle im Verein mit der großen Kälte haben die Frachtauflage noch weiter verschärft, zumal eine gesetzliche Verordnung über eine Einschränkung des Kohlenverbrauchs in Kraft getreten und es schwierig ist, irgendeine Erleichterung in der Handhabung dieses Gesetzes durchzuführen. Nach Schätzungen beträgt die Produktionseinschränkung 10—15% der schon während der letzten Wochen erforderlich gewesen Verringerung der Erzeugung. Einige Fabri-

kanten von landwirtschaftlichen Maschinen sind am Markte und treten als Käufer für baldige Lieferung von harten und weichen Stahlbarren auf. Der Verkauf von Roheisen mit Lieferungen im zweiten Halbjahre 1918 nimmt einen größeren Umfang an. (Nach „Iron-Age“.)

Wth.

Aus Amerika wird die beabsichtigte Höchstpreisfestsetzung für Baumwolle gemeldet.

ar.

Von den asiatischen Rohseidenmärkten werden sehr starke Verkäufe für amerikanische Rechnung und steigende Preise für alle Herkunft gemeldet.

L.

Erhöhung der Glaspreise. Der Verband Rheinisch-Westfälischer Tafelglashütten mit den angegliederten Verbänden erhöht angesichts der wachsenden Betriebsverteuerung mit Wirkung ab 22./1. die Preise abermals um 10% des Teuerungs-zuschlages oder etwa 6% des bisherigen Preises. Erst mit Beginn des neuen Jahres wurden schon einmal die Preise, und zwar um 25%, erhöht.

dn.

Vom englischen Warenmarkt. Die Einfuhr an roher Baumwolle nach England betrug nach Abzug der Wiederausfuhr vom 1./8. bis 14./12. 1916 1 488 000 Ballen, in der gleichen Zeit 1917 1 310 000 Ballen. Der Verbrauch im gleichen Zeitraum betrug 1916: 1 430 000, 1917: 1 192 000 Ballen. Die Vorräte betrugen am 14./12. 1916: 707 000 Ballen, 1917: 401 000 Ballen. Ein ähnliches Bild der Knappheit zeigt der Wollmarkt. Nach schottischem und englischem Roheisen und Roheisenherz herrscht große Nachfrage, die Nachfrage nach Stahl aber ist beisspiellos. Ausländische Käufer können weder Stahl noch Eisen erhalten, da die ganze Erzeugung zur Verfügung der Regierung steht und diese erst die Kriegsindustrie, sodann den heimischen Markt versorgt, so daß für die Ausfuhr nichts übrigbleibt. (Nd. A. Ztg.)

mw.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände.

Die Einführung eines staatlichen Kohlenbergwerksmonopols wird von Neusüdwales geplant. Die Regierung hat es übernommen, die Staaten Victoria, Süd- und Westaustralien während der nächsten fünf Jahre mit Kohle zu versorgen. Von der Verstaatlichung erwarten englische Finanzkreise einen ungünstigen Einfluß auf die künftige Entwicklung der Industrie.

Sf.

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Vereinigte Staaten. Das Bureau für in- und ausländischen Handel hat wie 1915 ein Adreßbuch der Handelsorganisationen der Vereinigten Staaten herausgegeben, das in drei Abteilungen behandelt: zwischenstaatliche, nationale und internationale Gesellschaften, staatliche und territoriale Vereinigungen und lokale Gesellschaften. Außer Abgaben, Einkommen, Mitgliederzahl und Angaben betreffend der jährlichen Versammlungen wird das Tätigkeitsgebiet der lokalen Organisationen so weit als möglich durch schematische Darstellungen veranschaulicht.

om.

Förderung der italienisch-amerikanischen Handelsbeziehungen. Der amerikanische Konsul in Leghorn macht in den „Commerce Reports“ amerikanische Fabrikanten und Exporteure darauf aufmerksam, daß Italien ein dankbares Absatzgebiet für amerikanische Produkte werden könnte, wenn es gelänge, durch zweckmäßige Mittel und Wege das Interesse des italienischen Volkes für amerikanische Produkte zu wecken. Als solche empfiehlt er vor allem die Verbreitung von Katalogen in italienischer Sprache, die Bearbeitung des Marktes durch tüchtige, mit den italienischen Verhältnissen wohlvertraute Männer und die kinematographische Vorführung der Gewinnung, Herstellung und Verpackung amerikanischer Waren und Produkte, wie sich dies vor allem eignen würde für die Automobilindustrie, die Baumwollgewinnung im Süden usw.

ar.

Petroleumindustrie. Durch die Einführung der staatlichen Kontrolle über die Ölfelder und Petroleumraffinerien (vgl. S. 48) wird die Zahl der staatlichen Eingriffe in die freie Entwicklung der Privatindustrie, als deren schärfster kürzlich die Übernahme der Eisenbahnsysteme des Landes durch den Staat gemeldet wurde, um einen bedeutsamen Fall vermehrt. Die Petroleumindustrie der Vereinigten Staaten ist für die Kriegsindustrie der Entente außerordentlich wichtig. Abgesehen davon, daß ein Teil der amerikanischen Bahnen mit Petroleum betrieben wird, finden das Erdöl und seine verschiedenartigen Produkte auch ausgedehnte Anwendung für die Flotten der alliierten Staaten, ferner für den Betrieb von Automobilen usw. Daneben wird es auch als Rohstoff für die Munitionserzeugung benutzt, und schließlich ist der beträchtliche Leuchtölbedarf, der im Frieden den größten Teil der amerikanischen Petroleumproduktion in Anspruch nahm, zu befriedigen. Trotzdem während des Krieges die vor dem Kriege bekanntlich recht beträchtliche Ausfuhr an Petroleum nach Deutschland unterbunden wurde, waren die amerikanischen Werke nicht in der Lage, den einheimischen

Bedarf und den der Ententestaaten restlos zu decken, zumal eine beträchtliche Zahl von Tankschiffen durch die deutschen Unterseeboote versenkt wurde. Es trat vielmehr eine sich ständig steigende Knappheit an Petroleum ein, die zur Folge hatte, daß besonders der Hausbedarf sich eine starke Einschränkung gefallen lassen mußte. Charakteristisch für diese Knappheit ist eine Meldung, die kürzlich aus den Vereinigten Staaten nach Europa gekabelt und in allen größeren Blättern abgedruckt wurde. Nach dieser Meldung soll sich der Sohn des Petroleumkönigs Rockefeller, als er für sein New Yorker Haus keine Kohle zum Heizen erhalten konnte, an die von seinem Vater kontrollierte Standard Oil Company gewendet haben mit dem Ersuchen, ihm sofort eine größere Anzahl von Kannen Petroleum für Heizzwecke zuzuschicken. Die Direktion telegraphierte indes zurück, daß sie selber kein Petroleum habe. Diese kleine Geschichte zeigt — auch wenn sie nicht wahr, sondern nur gut erfunden sein sollte —, bis zu welchem Grade der Petroleummangel in dem petroleumreichsten Lande der Welt gediehen ist. Trotz der ziemlich strengen Konzentration der amerikanischen Petroleumgewinnung, die sich in den Händen weniger großer Unternehmungen, vor allem der Standard Oil Company, befindet, hält es die Regierung der Vereinigten Staaten zur Beseitigung dieser Mißstände für notwendig, die Petroleumerzeugung unter staatliche Kontrolle zu stellen, offenbar weil sie auf diese Weise hofft, die Erzeugung steigern und vor allem die Verteilung zweckmäßiger organisieren zu können als bisher. (B. T.) *on.*

Für den Handel mit Farbstoffen, Farben und Chemikalien ist als neue Gesellschaft im Staate New York die Firma Kuttroff, Pickhardt & Co. eingetragen worden. Diese Gesellschaft hat die Farbstoffvorräte der Badischen Gesellschaft von New York (Badische Company) erworben. *Wth.*

Mexiko. Durch Rundschreiben des Handels- und Industriesekretariates wurden die Handelskammern der mexikanischen Republik aufgefordert, Muster von Produkten einzuschicken, die sich zum überseeischen Verkauf eignen könnten. Ein beiliegender Fragebogen soll durch nähere Angaben dazu dienen, an den permanenten Ausstellungen, auf die sie eingeschickt werden, genaue Auskunft zu ermöglichen, „um so eine reelle Propaganda für unseren Handel machen zu können, die bis zum heutigen Tage sorglos vernachlässigt wurde“. — Im Hochsommer fand eine Sitzung des permanenten Komitees des ersten Nationalen Kongresses der Kaufleute statt; es wurde beschlossen, alle Handelskammern des Landes einzuladen, an einer Versammlung der Handelskammern teilzunehmen zur Gründung einer Zentral-Handelskammer der Verbündeten Staaten von Mexiko. *ar.*

Cuba. Wie „Reuter“ meldet, hat der Präsident ein Dekret unterzeichnet, wodurch die Verteilung der cubanischen Zuckerernte durch eine internationale Kommission, die mit dem Lebensmittelamt der Vereinigten Staaten zusammenarbeiten soll, bestimmt wird. *mv.*

Argentinien. Die Einfuhr betrug im 1. Halbjahr (Wert in 1000 Pfd. Sterl.):

	1916	1917	%
Aus England	6245	4354	—30
Italien	2414	1333	—45
Frankreich	1576	1115	—27
Nordamerika	5688	6048	+ 6
Spanien	1301	1495	+15
Brasilien	1060	1404	+32

In diesen Zahlen spiegelt sich deutlich der Einfluß unseres U-Bootkrieges wieder. *mv.*

Südsee. Die Vereinigung der Südseefirmen (Geschäftsstelle Hamburg) hat dem Reichstag eine Denkschrift über den hohen Wert der deutschen Südseebesitzungen überreicht, der die folgenden Angaben entnommen sind: Den kolonialen Ölröhrstoffen wird nach dem Kriege die größte Bedeutung zukommen. Die Ausfuhr darin aus der Südsee war schon ebenso groß wie die aus Deutsch-Ostafrika und Kamerun zusammen und doppelt so groß, wie die aus Togo. Die Ausfuhrmenge an Kakao betrug aus unseren Südseekolonien 1900: 1552 kg, 1905 27 500 kg, 1911: 706 456 kg, 1913: 1 024 849 kg, hat sich also äußerst günstig entwickelt. Die Kautschukkultur hat sich von 1911 bis zum Kriegausbruche dem Gewicht und Werte nach nahezu verdreifacht. Auch der Anbau von Sisalhanf und Kaffee, der sich bisher in bescheidenen Grenzen hielt, hat hier eine große Zukunft. Der Abbau des hochprozentigen Phosphats ist in der Südsee denkbar einfach, weil es an der Erdoberfläche lagert. Nach sachverständigen Feststellungen finden sich nirgends in der Welt Phosphate von gleicher Güte in solcher Mächtigkeit. Deutschland hat 1912 an natürlichen Phosphaten 902 844 t im Werte von 45 Mill. M eingeführt, denen eine Ausfuhr an Superphosphaten von 271 349 t im Werte von 19½ Mill. M gegenüberstand. Im Laufe des Jahrzehnts von 1903—1913 hat sich die Einfuhr natürlicher Phosphate nach Deutschland mehr als verdoppelt, die Ausfuhr von Superphosphaten aber mehr als verdreifacht. Der unvergleichlich hohe Wert der Phosphatlager in unseren Südseebesitzungen für uns ist damit bewiesen. Die 1910 gemachten Entdeckungen von Goldlagerstätten erbrachten den Be-

weis, daß Kaiser-Wilhelms-Land auch in dieser Beziehung größte Beachtung verdient. Ebenso wie beim Gold hofft man die aufgefundenen Kohlenlager nutzbringend verwerten zu können. Auch Petroleum- und Erzlager harren noch der Erschließung. Perlmutter, Schildpatt, wertvolle Nutzholzer und anderes mehr sind ebenfalls geeignet, den Wert unserer Südseebesitzungen erheblich zu steigern. Die Vereinigung der Südseefirmen bezieht den wirtschaftlichen Wert der Unternehmung, deren Grundkapital im amtlichen Jahresbericht 1912/13 des Reichskolonialamts mit 101¼ Mill. M angegeben ist, auf etwa 400 Mill. M. In dieser Summe ist der gewaltige Wert der Bodenschätze und der der Konzessionen und Gerechtsame auf Fischerei, Abforstung, Abbau von Mineralien u. dgl. nicht berücksichtigt. *mv.*

Kamerun. Nach der Dépêche Coloniale wurde eine neue Ölpalmenart entdeckt, deren Frucht einen weit reicheren Ölgehalt aufweist, als die beste bisher bekannte „Lisombe“. Die neue Palmenart, namens „Tenera“, liefert durchschnittlich auf eine Frucht 90 g Öl, gegen eine Produktion von 47 g bei der „Lisombe“. *Wth.*

Nigeria. Der Abbau der neuen Kohlengruben wird mit großem Eifer betrieben. Laut „Yorkshire Post“ wird der Ertrag des Jahres 1917 auf 60 000 t geschätzt. Port Harcourt, der neu angelegte Hafen, ist nach einem systematischen Plan angelegt. Die Vorräte an Kohlen sollen unerschöpflich sein. Die Entwicklung der neuen Industrie wird davon abhängen, ob sich die Kohle als Feuerungsmaterial für Ozeandampfer eignet. *mv.*

Schweiz. Die Schweiz. Torfgewerkschaft in Bern und die Schweiz. Unternehmerngesellschaft für Torfausbeutung in Bern wurden oft verwechselt. Vor dem bernischen Handelsgericht ist es zu einem Vergleich gekommen. Die Schweiz. Unternehmerngesellschaft für Torfausbeutung ändert ihre Firma ab in: Torfgesellschaft „Union“ in Bern. *ar.*

Unter Beteiligung der Staatsbank von Freiburg ist eine Ausbeutungsgesellschaft für Steinkohle im Tale von Mionnaz in Vorbereitung. Das Steinkohlfeld erstreckt sich auf eine Länge von 7 km zwischen der Glashütte von Semsales und Palézieux. Man schätzt die tägliche Ausbeute auf 200 t. Die Analysen erwiesen einen gleichen Wärmeeerzeugungsgrad wie die Kohlen von Beudex. Das Ausbeutungskapital in der Höhe von 1,21 Mill. Fr. ist bereits gezeichnet. *ar.*

Schweizer Sprengstoff-Fabrik A.-G. in Dottikon. Diese im April 1913 zur Fabrikation und zum Verkauf von Sprengstoffen, Sprengkapseln und anderen ähnlichen Produkten gegründete Gesellschaft hat ihr ursprüngliches Grundkapital von 120 000 Fr. auf 360 000 Fr. erhöht. *ar.*

Frankreich. Die französische Kohlenförderung im November betrug 1913: 5,4, 1916: 3,35, 1917: 4,203 Mill. t. („Journal“ vom 5./1. 1918.) *Sf.*

Balkan. Die Wiederherstellung der Zuckerindustrie. Ein österreichisch-ungarisches Banksyndikat, bestehend aus der Ungarischen Allgemeinen Kreditanstalt, der Österreichischen Kreditanstalt sowie des Wiener Bankvereins, hat die in Serbien und Bulgarien gelegenen, durch den Krieg teilweise schwer beschädigten Zuckerfabriken, nämlich: Belgrad und Cubrja in Serbien, Sofia, Gorna-Orechovica, Philippopol, Burgas und Rustschuk in Bulgarien, käuflich erworben und die zerstörten Anlagen wieder betriebsfähig gestaltet. Die Fabriken in Cubrja, Sofia, Gorna-Orechovica, Philippopol und Burgas haben den Betrieb bereits wieder aufgenommen, und zwar mit einer Rübenverarbeitung von rund 1 Mill. Meterzentner. Die Fabrik in Belgrad wird für 1918 nur für die Verarbeitung von Roh- und Sandzucker in Betracht kommen, nachdem das Gouvernement Belgrad eine Fläche von 8000 ha mit Rüben bepflanzen ließ und somit der Rohstoff gesichert ist. Die Wiederherstellung des Werks in Rustschuk, das von den Rumänen in den ersten Tagen nach Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg gänzlich zerstört wurde, dürfte noch längere Zeit in Anspruch nehmen, so daß es erst für 1919 in Betracht kommt. *ll.*

Schweden. Die schwedischen Zolleinnahmen im Jahre 1917 belaufen sich auf 43,7 Mill. Kr. (gegen 1916=18,5 Mill.) *mv.*

Dänemark. Die Ölmühlen sahen sich wegen Mangels an Rohstoffen gezwungen, den Betrieb einzustellen und ihre Arbeiter zu entlassen. Auch die Seifenfabriken haben bereits mit Arbeiterentlassungen begonnen. („Roskilde Dagblad“ vom 17./1. 1917.) *Sf.*

Österreich-Ungarn. Eine Gruppe böhmischer und mährischer Kapitalisten, die Ungarisch-Böhmische Industriebank und eine österreichische Webereifirma haben jüngst die Baroter Spiritusraffinerie angekauft. Diese Gesellschaft hat in Sillean und Mährisch-Ostau Zweigniederlassungen gegründet und das Aktienkapital von 320 000 Kr. auf 6 Mill. Kr. erhöht. *ll.*

In Erlach wurde die Firma S. Wolf & Co. mit einem Kapital von 4 Mill. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die neue Gesellschaft wird sich hauptsächlich mit der Erzeugung von Putzwolle beschäftigen. *L.*

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Aus der oberschlesischen Zinkindustrie. Die oberschlesische Zinkindustrie war während des verflossenen Jahres lebhaft beschäftigt, und die oberschlesischen Zinkgruben haben mehrfach wesentliche Erweiterungen vorgenommen. Auch haben sie die Zinkerze ausgiebiger und sorgfältiger verhüttet als im Frieden. Beispielsweise begann die Schlesische Akt.-Ges. für Bergbau- und Eisenhüttenbetrieb schon im Jahre 1916 mit der nochmaligen Verhüttung des auf Halde geschütteten Abhutes. Es hatte sich gezeigt, daß noch erhebliche Rückstände zu gewinnen waren. Auch in dieser Beziehung hat der Krieg zu einer energischeren Ausnützung des Materials geführt. Im laufenden Jahre dürften sich infolge der günstigeren Preisentwicklung die Erträge der Steinkohlenbergwerke des Unternehmens gebessert haben. Die Dividende wurde bekanntlich auf 18% bemessen, d. h. 3% höher als die vorjährige. Betriebserweiterungen hat auch die Oberschlesische Zinkhütten-A.-G. in Kattowitz vorgenommen. Beispielsweise hat sie ihre Blenderöstanlagen ausgebaut, ebenso ihre Schwefelsäurefabrik. Auch im Betriebe des Zinkwalzwerks der Gesellschaft sind Verbesserungen vorgenommen worden. Das letzte Geschäftsjahr des Unternehmens schloß mit einem Reingewinn von rund 1 Mill. M gegen rund 337 000 M i. V. Dabei ist zu bemerken, daß für 1915/16 die Abschreibungen doppelt so hoch waren wie für 1916/17. Die Dividende betrug 10 (7)%. — Erweiterungen haben auch die Hohenlohe-Werke vorgenommen, die im verflossenen Jahre ihre Schellerhütte ausgebaut haben. Ob die Außerbetriebsetzung der Hohenlohe-Blenderöstanlage, die vorgesehen war, schon erfolgt ist, darüber ist bisher noch nichts Positives bekannt geworden. Für die im Frühjahr 1916 niedergebrannte Erzsmischhalle auf der Hohenlohe-Zinkhütte ist ein Neubau errichtet worden. Die Hohenlohe-Werke legen jetzt ganz besonderes Gewicht auf die Zinkveredlung. — Auch die oberschlesische Zinkindustrie hofft, ebenso wie die Kohlenindustrie, auf eine starke Beschäftigung nach dem Kriege, da die Kriegserfahrungen der Zinkverwendung neue große Möglichkeiten gewiesen haben. Auch im Hinblick darauf hat die oberschlesische Zinkindustrie sich lebhaft um die Erweiterung ihrer Betriebe bemüht. *Wth.*

Die Ölversorgung der deutschen Industrie. Die Rohölförderung Rumäniens hat schon seit längerer Zeit einen derartig hohen Stand erreicht, daß alle für militärische Zwecke erforderlichen Ölmengen ausreichend zur Verfügung stehen. Ähnlich liegt es hinsichtlich der Versorgung der Unterseeboote mit Schmieröl. Für ihre Herstellung kommen im wesentlichen nur russische und rumänische Schweröle in Frage. Während man sich in den ersten Kriegsjahren, abgesehen von geringen rumänischen Zufuhren, mit den in Deutschland und Belgien vorhandenen Vorräten an russischen Ölen durchhelfen mußte, steht jetzt, nachdem die Bewirtschaftung der rumänischen Mineralölindustrie von der deutschen Militärverwaltung übernommen ist, jede für die Industrie und Kriegführung erforderliche Menge zur Verfügung. *dn.*

Ausbau der bayrischen Wasserkräfte (vgl. Angew. Chem. 30, III, 537 [1917]). Zur Ausnutzung der Wasserkräfte des oberen Inn und der mittleren Isar sind nimmehr zwei Gesellschaften mit beschränkter Haftung gegründet worden, nämlich die „Obere Inn G. m. b. H.“ und die „Mittlere Isar G. m. b. H.“, welchen die bereits bekannten Mitglieder der beiden Konsortien angehören. *ar.*

In der Celluloseindustrie wird für demnächst eine Kontingentierung erwartet, die angeblich nur denjenigen Teil der Erzeugung, der der Erzeugung der Monate Juli und August entspricht, zur freien Verfügung der Fabriken läßt. Die Entwicklungsfähigkeit auf den Gebieten der privaten Versorgung würde dadurch beeinträchtigt werden. Einzelheiten fehlen noch. *Gr.*

Verschiedene Industriezweige.

Ein Konsortium süddeutscher Großindustrieller mit dem bisherigen Generaldirektor der Chemischen Fabrik Hönningen, Dr. Kirchheim, an der Spitze hat die Aktienmehrheit der Chemischen Werke Phoniak Akt.-Ges. in Neuss a. Rh. aus den Händen der bisherigen belgischen Großaktionäre käuflich erworben mit der Absicht, das Werk unter Investierung bedeutender Mittel und mit Zuhilfenahme einer einschneidenden Sanierung wieder lebensfähig zu machen. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 2,1 Mill. M. *on.*

Bei der Hirsch Kupfer- und Messingwerke A.-G. wird die Erhöhung des Kapitals um 15 Mill. M beantragt, wovon 7½ Mill. zur Übernahme der Chemischen Fabrik Hönningen dienen. *ar.*

Gewerkschaft Schwarzwälder Erzbergwerke, Freiburg i. B. Abschluß für 1916. Nach 74 665 M Abschreibungen, Verlust von 72 172 M, um den die Unterbilanz auf 498 042 M steigt. Die durch den Krieg entstandenen Schwierigkeiten in der Aufrechterhaltung des Betriebs sind Grund für den wesentlich größeren Verlust als im Vorjahr. Durch die Maßnahmen und besseren Preise für Erze besteht aber die Aussicht auf einen besseren Abschluß für 1917. *dn.*

Die Bergwerksges. Georg von Glesches Erben, Breslau, erwarb Zink- und Bleierzgruben der Gewerkschaft Czarlowitz in Böhmen für 1¼ Mill. M. *Bch.*

Die angekündigte Gründung einer bayerischen Tiegelfabrik ist nunmehr vollzogen. Die neue Gesellschaft ist unter der Firma Donau-Tiegelwerk, A.-G. in München, errichtet worden. Beiteiligt sind die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München, die A.-G. Graphitwerk Kropfmühl in München und die A.-G. Hirsch Kupfer- und Messingwerke in Berlin. *ar.*

Die Firma Erhardt & Schmen G. m. b. H. in Saarbrücken, die insbesondere den Bau von Großgasmaschinen und schweren Maschinen für die Bergwerks- und Hüttenindustrie betreibt und auch auf dem Gebiet der Vergasung von Kohle tätig ist, wird unter Mitwirkung der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft in Frankfurt a. M. sowie des Bankhauses Delbrück Schickler & Co. in Berlin in eine Aktiengesellschaft mit 3 Mill. M Aktienkapital umgewandelt. *on.*

Die Optischen Werke von Zeiss, Jena, kauften die Ludwigshütte und größeres Gelände im Kreise Ziegenrück zwecks Errichtung einer großen Wasserkraftanlage an. *ar.*

Die Württembergische Porzellan-Manufaktur R. N. Bauer & Pfeiffer in Schorndorf ist in die Württembergische Porzellan-Manufaktur, A.-G. in Schorndorf, mit einem Aktienkapital von 1 Mill. M, umgewandelt worden. *ar.*

O. Titels Kunsttöpferei A.-G. in Lq. in Berlin. Der Abschluß für 1917 ergibt eine Erhöhung des Verlustvortrags um etwa 50 000 M, was auf den gegen den Buchwert erzielten Mindesterlös für die im vergangenen Jahr verkauften restlichen Grundstücke der Gesellschaft in Neuenhagen zurückzuführen ist. *ar.*

Norddeutsche Lederpappenfabriken Akt.-Ges. in Groß-Särchen, Kr. Sorau N.-L. Während das Ergebnis des Vorjahrs nur eine geringe Ermäßigung der Unterbilanz um 11 888 M auf 953 851 M zuliess, ist diesmal ein Überschuß erzielt worden, der nach normalen Abschreibungen (i. V. 147 000 M) die Verringerung der Unterbilanz um rund 200 000 M ermöglicht, so daß diese nunmehr noch rund ¾ Mill. M bei einem Aktienkapital von 2 288 000 M beträgt. Sämtliche vier Fabriken des Unternehmens waren im Betrieb und hatten leidliche Beschäftigung. *ar.*

Handelsregistereintragen.

Neugründungen: Anhaltische Futtermittel- und Zellstofffabrik „Drim“ G. m. b. H., Cöthen. Herstellung von Ersatzfutter auf Grund des Holzaufschließungsverfahrens nach Dr. Joh. Mühlens. — A.-G. zur Verwertung von Brennstoffen und Metallen, Dortmund, 300 000 M. — Bobrka Erdöl-Ges. m. b. H., Berlin, 270 000 M. — Chemische Fabrik Küas G. m. b. H., Cöln, 20 000 M. — Chemische Fabrik Oxypill G. m. b. H., Stumsdorf. Herstellung von Oxypill u. a. Waschmitteln und chemischen Präparaten. 21 000 M. — Deutsch Koloniale Gerb- & Farbstoffes. m. b. H., Feuerbach, Zweigniederlassung Karlsruhe, 1 200 000 M. — Eisen- & Autogenges. Sicks & Co., G. m. b. H., Leipzig, 36 000 M. — Erda Bergbau-A.-G. Berlin, 10 Mill. M. — Fett- und Schmiermittel-Industrie Ludmar m. b. H., Cöln, 50 000 M. — Grzybnoer Erdölges. m. b. H., Grzybno, 20 000 M. — H. König G. m. b. H., Berlin. Fabrikation chem. Produkte, Drogen, Farben, photographische Artikel. 20 000 M. — Oppelner Textilseiwerk G. m. b. H., Zweigniederlassung Oppeln. Papiergarne. 2 Mill. M. — Rhenania, Metall- & Eisengießerei, G. m. b. H., Solingen, 30 000 M. — Rohstoff-Ges. für chemisch-technische Erzeugnisse m. b. H., Berlin, 200 000 M. — H. Otto Traun's Forschungslaboratorium G. m. b. H., Hamburg, 100 000 M. — Verein der Jutespinner von 1917, G. m. b. H., Landsberg, Warthe, 120 000 M.

Kapitalserhöhungen: Deutsche Mineralölwerke G. m. b. H., Bremen, von 250 000 auf 300 000 M. — Chemisch-technische Fabrik & Metallindustrie „Oemeta“ G. m. b. H., um 180 000 auf 200 000 M. — Landwirtschaftliche Brennerei Grabau G. m. b. H., auf 43 900 M. — Metallwerke A.-G. vorm. Luckau & Steffen, um 800 000 auf 2 000 000 M. — Patent-Verwertungsges. m. b. H., Crimmitschau, auf 200 000 M.

Kapitalerniedrigung: Chem. und pharmaceutische Fabrik Lahusen & Co., G. m. b. H., Altona, um 130 000 auf 100 000 M.

Firmenänderungen: Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G., Berlin-Pankow in Engelhardt-Brauerei-A.-G. — Burgbräu A.-G. in Burgbräu A.-G. Waldkirch i. Br. — K. k. landespr. Millykerzen-, Seifen- und Glycerin-Fabrik von Fr. A. Sarg's Sohn & Co. Wien, Zweigniederlassung Berlin in K. k. landespr. Millykerzen-Seifen- und Glycerin-Fabrik von F. A. Sarg's Sohn & Cie. — „Oemeta“ Grünberger G. m. b. H. in Chemisch-technische Fabrik & Metallindustrie „Oemeta“ G. m. b. H., Berlin.

Liquidationen: Chemische Fabrik Rudisleben, G. m. b. H., Arnstadt. — Chemische Fabrik Wunstorff, G. m. b. H. — „Geseker Kalkwerke“ G. m. b. H., Geseke. — „Rote Erde“ Kalk- und Zementwerk, G. m. b. H., Geseke. — Zement- und Wasserkalkwerke G. m. b. H., Geseke.

Erloschene Firma: Brauerei Gesundbrunnen G. m. b. H. Berlin. *St...*

Dividenden 1917 (1916).

Vorgeschlagene: Metallwerke A.-G. vorm. Luckau & Steffen, Hamburg, 20 (16)% und 10% Bonus. — Norddeutsche Zuckerraffinerie, Hamburg-Frellstedt, 8 (6)%. — Norddeutsche Cellulosefabrik A.-G., Königsberg, 15 (12)% und ein Bonus von 10%. — Crefelder Baumwoll-Spinnerei 10 (15)%. — Celler Lederwerke vorm. Fritz Wehl & Sohn, A.-G., Celle, 17 (20)%. — Lederwerke Wiemann A.-G., Hamburg, 22 (25)%.

Geschätzte: Märkisch-Westfälischer Bergwerksverein in Letmathe, 0%, jedoch kein Verlust wie i. V. — Hedwigshütte Anthrazit-, Kohlen- und Kokswerke A.-G., Stettin, „zufriedenstellendes Ergebnis“ (i. V. 16% Dividende). — „Glück auf“ A.-G. für Braunkohlen-Verwertung in Lichtenau 6%. — Vereinigte Deutsche Petroleumwerke A.-G., Berlin, 5% nach 10 jähriger Dividendenlosigkeit. — Baumwollspinnerei Erlangen, nicht weniger als i. V. (14%).

dn.

Soziale und gewerbliche Fragen; Standesangelegenheiten; Rechtsprechung.

Merkblatt.

Wie spart man elektrische Arbeit (und damit Kohlen)? Im vaterländischen Interesse ist es notwendig, überall an elektrischer Arbeit und damit an Kohlen zu sparen. Dies muß insbesondere dadurch geschehen, daß jeder nur irgend entbehrliche Verbrauch unterbleibt. Soweit dies nicht möglich, beachte man das Nachstehende:

A. Kraftbetrieb.

1. Man vermeide jeden längeren Leerlauf von Motoren.
2. Wenn der Motor in Betrieb ist, so benutze man ihn möglichst voll, indem man die zu erledigenden Arbeiten ansammelt und richtig verteilt.
3. Man lasse Arbeitsmaschinen und Vorgelege nicht unnötig leer mitlaufen; gegebenenfalls setze man nichtgebrauchte Arbeitsmaschinen, Vorgelege, Transmissionen usw. durch Entfernung des Riemens usw. still.
4. Man vermeide verwickelte Anordnungen, wie mehrfache Vorgelege, gekreuzte Riemen, lange Wellenstränge. Transmissionen belaste man nicht mitten zwischen, sondern nahe bei den Lagern. Der richtigen (weder zu großen noch zu kleinen) Riemenspannung wende man Aufmerksamkeit zu.
5. Vorschaltwiderstände, die elektrische Arbeit verzehren, verwende man nur in zwingenden Fällen.
6. Man benutze in der Zeit vom 15. Oktober bis Ende Februar Motoren nicht von 4— $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags.
7. Lastenaufzüge sollen nur für Lasten über 30 kg benutzt werden.
8. Personenaufzüge sollen nur selten und nur von kranken oder schwächlichen Personen benutzt werden.

B. Beleuchtung.

1. Man schalte Lampen, die nicht mehr benötigt werden, sofort aus.
2. Man benutze nur die unbedingt notwendigen Lampen. Bei einem Beleuchtungskörper mit beispielsweise 5 Lampen schraube man 3 aus, bei größeren Beleuchtungskörpern mit beispielsweise 20 Lampen schraube man mindestens 12, wenn möglich 15, aus.
3. Bei einzelnen Lampen verwende man nicht unnützlich hohe Kerzenstärken, vielmehr z. B. statt 50 Kerzen nur 32 oder 25, statt 25 Kerzen nur 16 oder 10.
4. Sofern noch Kohlefadenlampen Verwendung finden, tausche man sie sofort gegen Metallfadenlampen höchstens gleicher Kerzenstärke aus, da sie nur $\frac{1}{3}$ der elektrischen Arbeit verbrauchen.
5. Die allgemeine Beleuchtung im Zimmer verringere man weitgehendst und beschränke sich auf die ausreichende Beleuchtung am Gebrauchsort.
6. Man bringe die Glühlampe tunlichst nahe am Gebrauchsort an.
7. Durch richtige Anwendung von Reflektoren kann man die Beleuchtung an der Gebrauchsstelle verbessern, oft sogar bei geringerem Verbrauch an elektrischer Arbeit.
8. Man beseitige lichtverzehrende Schirme und Gehänge, soweit sie nicht etwa für den Schutz der Augen unentbehrlich sind.
9. Arbeiten, die bei natürlichem Licht gemacht werden können, verrichte man nicht bei künstlicher Beleuchtung.

C. Straßenbahn.

Man benutze Straßenbahnen nicht unnützlich, wenn man ohne große Mühe gehen kann, insbesondere in der Zeit der stärksten Benutzung der Straßenbahnen ist eine Entlastung derselben zugunsten solcher Personen, die unbedingt befördert werden müssen, wichtig.

D. Allgemeines.

Man lese in bestimmten Zeiträumen (je nach der Höhe des Verbrauchs monatlich, wöchentlich oder täglich) selbst den Zähler ab.

Gewerbliches.

Folgende **Reichsmonopole** bezeichnet für den künftigen Ausbau der Finanzen des deutschen Reiches Oberbürgermeister Dr. K ü l z , Zittau, in den „L. N. N.“ vom 21./1. 1918 als unbedenklich und zum Teil wünschenswert: 1. Ein Kalimonopol, 2. ein Getreideeinfuhr- und -Ausfuhrmonopol, 3. ein Spiritusgroßhandlungsmonopol, 4. ein Petroleummonopol, 5. ein Tabakeinfuhrmonopol. Zu den hier besonders interessierenden Gegenständen unter 1, 3 und 4 führt er folgendes aus: „Zum Kalimonopol zwingen volkswirtschaftliche Rücksichten. Deutschland ist für Kali die Weltproduktionsstelle, und es ist deshalb in der Lage, den Weltmarktpreis allein zu bestimmen. Überläßt man Gewinn und Handel der privaten Spekulation, so können ungeheure Werte durch Überproduktion und Überangebot verloren gehen. Die bisherige Kaligesetzgebung reicht zur Verhütung dessen bei weitem nicht aus. Es ist gerade noch Zeit, mit straffer voller Monopolisierung einzugreifen. Das D e r n b u r g i s c h e Handelsmonopol für Diamanten zeigt, wie der Weltmarktpreis durch solche Maßnahmen gehoben und gefestigt werden kann. Der Ertrag eines technischen und kaufmännischen richtig auf- und ausgebauten Kalimonopols wird ganz erheblich sein und bei der auch im Ausland sich immer intensiver gestaltenden Wirtschaftsgebarung stark steigende Erträge geben.“

Ein volles Spiritusmonopol ist nicht möglich; selbst wenn es parlamentarisch erreichbar wäre, müßte es nicht nur an der Entschädigungsfrage scheitern, sondern es würde vor allem einen zu starken, im einzelnen auch kaum kontrollierbaren Eingriff in die landwirtschaftlichen Betriebe darstellen. Wohl aber ist ein G r o ß h a n d e l s m o n o p o l für Spiritus sehr leicht durchführbar, zumal, wenn man sich dazu entschließt, es mit einem R e i n i g u n g s m o n o p o l zu verbinden. Ja, es würde finanztechnisch dieses Monopol sogar eine wesentliche Vereinfachung und Zusammenfassung gegenüber der jetzigen äußerst umständlichen Steuergesetzgebung bedeuten. Wenn volkswirtschaftliche Rücksichten auch eine Einschränkung des Spiritusverbrauchs erwünscht erscheinen lassen, so wird doch durch entsprechende Gestaltung der Großhandelspreise eine starke Ertragsfähigkeit des Monopols gewährleistet sein. Leicht durchführbar ist ferner ein P e t r o l e u m m o n o p o l . Im wesentlichen würden es Einfuhrmengen sein und als solche zweifellos von beachtlichem Ertrag, wenn man berücksichtigt, daß schon vor dem Kriege aus der Petroleumeinfuhr etwa 80 Mill. M Zolleinnahmen flossen. Der Vollständigkeit wegen ist die heimische Erzeugung in das Monopol einzubeziehen. Da das Schwergewicht der Monopolverwaltung jedoch immer bei den Einführungen liegen wird, muß man sich auch auf diesem Gebiete schon jetzt über das Ob und das Wie schlüssig werden; denn beides ist für die wirtschaftlichen Friedensverhandlungen mit Rußland und Rumänien von Bedeutung.

Zwei häufig genannte weitere Monopole, das E l e k t r i z i t ä t s m o n o p o l und das K o h l e n m o n o p o l , lehnt Dr. K ü l z aus folgenden Gründen ab: Sie sind als Reichsmonopole abzulehnen, weil sie ihrer Natur nach und nach dem Stand der Entwicklung einen zu schweren Eingriff in die Tätigkeit der Einzelstaaten bedeuten würden. Volkswirtschaftliche Rücksichten werden im Laufe der Zeit zweifellos zur einzelstaatlichen Regelung der Kohलगewinnung zwingen. Diese Regelung ist Aufgabe bergrechtlicher Befugnis der Einzelstaaten, von der z. B. Sachsen soeben umfangreichen und zum Teil vorbildlichen Gebrauch gemacht hat. Auch auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung drängt die Entwicklung zu gemeinschaftlicher Zentralisierung. Naturgemäß ist hierbei, daß die Bundesstaaten oder innerhalb Preußen die Provinzen als geschlossene Wirtschaftskörper Träger der zentralisierten Erzeugung werden, während den Wirtschaftskörpern niedriger Gattung, den Gemeinden, Bezirken und Kreisen das Handelsmonopol zufällt, eine Entwicklung, wie sie ebenfalls in Sachsen neuerdings weit ausgreifend eingeleitet worden ist.

Nicht ohne Interesse ist es, daß der mit den Plänen unserer Reichsregierung wohlvertraute Vf. das S t i c k s t o f f h a n d e l s m o n o p o l , das vor zwei Jahren noch die Quintessenz ihrer finanzpolitischen Weisheit bildete, überhaupt nicht erwähnt. Wenn dieser Plan tatsächlich aufgegeben sein sollte, so wäre dies im Interesse ungestörter Weiterentwicklung unserer chemischen Industrie aufs lebhafteste zu begrüßen. S f .

Amerikanisches Eingeständnis der Überlegenheit der deutschen chemischen Industrie. Den Amerikanern scheinen die Versuche nach dem H a b e r s c h e n V e r f a h r e n Ammoniak in technischem Umfang zu erzeugen, fehlgeschlagen zu sein. Dr. C h a r l e s L. P a r s o n s hat im Auftrage des amerikanischen Nitratausschusses (American Committee on Nitrate Supply) einen Übersichtsbericht über den jetzigen Stand der Verwertung des Luftstickstoffs herausgegeben, aus dem die „Financial Times“ vom 17./12. 1917 den Abschnitt, der von dem Verfahren der Badischen Anilin- und Sodafabrik handelt, herausgreifen. Es werden Mitteilungen über die Entwicklung der Produktion gemacht, die im Jahre 1917 mehr als 500 000 t Ammoniumsulfat entspreche. „Die Kontrolle über das Verfahren“, heißt es dann, „erfordert einen so hohen Grad von Erfahrung und Geschicklichkeit, daß, wie man sagt, die Firma im Falle des Verlustes ihres mit dem Verfahren vertrauten technischen

Stabes viele Monate brauchen würde, um neue Betriebsleiter völlig in die Schwierigkeiten des Verfahrens einzuführen. Der Mangel an Einzelangaben hinsichtlich der Konstruktion und der Arbeitsweise und die hohe Lizenzgebühr, die die Badische für Abgabe des Verfahrens fordert, haben bisher seine Ausübung von anderer Seite verhindert. Auf Grund „glaubwürdiger Information“ werden die Kosten der Ammoniakgewinnung (reines NH_3 in flüssigem Zustande) auf etwas weniger als 4 Cents für 1 Pfund angegeben. *Sf.*

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Falsche Wege in der Kriegsinvalidenfürsorge. Unter dieser Überschrift behandelt der Deutsche Industrieschutzverband Sitz Dresden, Geschäftsführer Direktor Grütznert, in der jetzt erschienenen Nummer seiner „Mitteilungen“ die zwangsweise Einstellung von Kriegsinvaliden in der Industrie und die wegen gesetzlicher Regelung dieser Frage schwebenden Verhandlungen. Der Verband spricht sich gegen jeden Zwang aus und faßt seine Stellung zur Frage u. a. in folgenden Sätzen zusammen: Die Invaliden dürfen nicht ungünstiger gestellt werden, als die Angehörigen der Berufsklassen, aus denen sie hervorgegangen sind. — Die nach den Dienstgraden ihres Militärverhältnisses festgestellten Rentensätze sind in der Mehrzahl der Fälle nicht angemessen und deshalb zu erhöhen. — Die den Invaliden verbliebene Arbeitskraft soll nutzbar gemacht werden. Wenn die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes den Invaliden gegenüber der Konkurrenz der vollkräftigen Arbeiter keine Möglichkeit dazu bietet, sind von Staats wegen Maßnahmen zu treffen, die erweiterte Arbeitsmöglichkeiten schaffen, wozu sich für den Zeitraum, der für die Invalidenversorgung in Betracht kommt, ausreichende Möglichkeiten bieten. Da die Arbeit Werte schafft und das Volksvermögen erhöht, kann von einer Unmöglichkeit solcher Maßnahmen keine Rede sein. Die Interessen des Staates können durch Arbeitslosigkeit, nicht aber durch derartige Maßnahmen leiden. — Auch die Industriebetriebe sollen neben den Staatsbetrieben und allen anderen Berufszweigen möglichst viele Kriegsinvaliden einstellen, aber durchweg auf Grund freier Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. — Die Entlohnung der Invaliden hat nach deren Leistungsfähigkeit zu erfolgen. Auch diese Frage ist durch freie Vereinbarung der Beteiligten zu regeln und dabei vor allem zu vermeiden, die Beschäftigung der Kriegsinvaliden von vornherein mit allzu vielen Vorschriften und Bedingungen zu belasten und sie dadurch zu erschweren oder zu verhindern. — Diese Erschwerungen sind in der Hauptsache aus der Besorgnis der Gewerkschaften entsprungen, daß die Invaliden als Lohndrücker benützt werden könnten. Die Lage des Arbeitsmarktes ist hier der beste Regulator, und dabei hat, wie schon dargelegt, die Fürsorge des Staates vornehmlich einzugreifen. Bei ungünstiger Lage des Arbeitsmarktes nützen alle papiernen Vereinbarungen und Vorschriften nichts. *on.*

Der Beirat der Nationalstiftung. Durch die neuerdings beschlossene Satzungsänderung der unter der Schirmherrschaft des deutschen Kaisers stehenden Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen hat sich die Stiftung durch Gründung eines Beirats ein Arbeitsorgan geschaffen, welches namentlich für den Ausbau der sozialen Hinterbliebenenfürsorge tätig werden soll, die erweitert in den Wirkungskreis der Nationalstiftung aufgenommen ist. Dem Beirat gehören Mitglieder des Bundesrats, des Reichstags sowie Persönlichkeiten der praktischen oder wissenschaftlichen Fürsorgearbeit an. Zwischen der Nationalstiftung und dem Haupt- und Arbeitsausschuß der Kriegerwitwen- und Waisenfürsorge, Berlin, Münchener Straße 49, schweben Verhandlungen wegen einer späteren Übernahme des letzteren auf die Stiftung. Mit dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist ein Abkommen getroffen worden, daß die bisher von ihm allein herausgegebene Zeitschrift ab 1./3. 1918 gemeinsam erscheinen soll. Der Beirat der Nationalstiftung hat sich am 21. d. M. zum ersten Male versammelt und u. a. über die Frage einer Erwerbslosenfürsorge für Kriegerwitwen in der Übergangszeit nach Friedensschluß beraten. Die Geschäftsstelle des Präsidiums der Nationalstiftung befindet sich Berlin NW 40, Alsenstraße 11. *on.*

Angestelltenfragen.

Kriegsdienst und Angestelltenversicherung. Über die Anrechnung der Kriegsdienstzeiten als Beitragszeiten für die Angestelltenversicherung und die Rückzahlung der für die Kriegsdienstzeiten entrichteten Beiträge ist ein Merkblatt in neuer Fassung hergestellt worden. Der Kriegsdienst wird als Beitragszeit angerechnet, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen. Sind Beiträge für die Zeit der Kriegsdienstleistung entrichtet und auf dem Konto des Angestellten verblieben, so findet eine Anrechnung dieser Kriegsdienstmonate als Beitragszeiten nicht statt. Die vorhandenen Beiträge kommen aber als freiwillige Beiträge zur Anrechnung. Angerechnet werden ohne Beitragsleistung nur die vollen Kalendermonate des Kriegsdienstes. Für die Anrechnung ist die Gehaltsklasse des letzten, dem 1./8. 1914 vorgehenden Monats maßgebend, für den ein Pflichtbeitrag oder von freiwillig Versicherten ein frei-

williger Beitrag entrichtet ist. Wenn Angestellte nach dem 31./7. 1914 versicherungspflichtig geworden sind, ist die Gehaltsklasse des letzten Pflichtbeitrags maßgebend, der vor Antritt des Kriegsdienstes geleistet worden ist. Die Anrechnung der Kriegsdienstzeit kommt in Betracht für das Ruhegeld und die Hinterbliebenenrenten, nicht aber für andere Leistungen des Versicherungsgesetzes für Angestellte. — Nach einer Entscheidung des Oberschiedsgerichts der Angestelltenversicherung ist als versicherungsfreie Kriegsdienstzeit die Zeit nicht anzusehen, in der ein Angestellter auf Reklamation seines früheren Arbeitgebers vom Kriegsdienst beurlaubt und im Betriebe dieses Arbeitgebers tätig ist. *Gr.*

Tagesrundschau.

Der Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften trat am 16./1. unter dem Vorsitz von Exzellenz v. Harnack zu einer Sitzung zusammen, an der auch der Kultusminister, Exzellenz Dr. Schmidt, teilnahm. Die Verhandlungen erstreckten sich auf eine Reihe von Plänen zur Errichtung wissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Eingehend beraten wurde über das von dem verstorbenen Herrn von Friedlaender-Fuld gestiftete Institut für Kohlenforschung, das seinen Sitz in Schlesien erhalten hat. Es wird seinen Aufgaben in engem Anschluß an das in Mülheim bestehende Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung nachgehen. Ein vorläufiges Kuratorium wird den Plan im einzelnen durch beraten, insbesondere hinsichtlich des Sitzes des Institutes und der Person des zu berufenden Forschers Vorschläge machen. — Der Senat erklärte sich mit der Organisation des vom Verein Deutscher Eisenhüttenleute gemeinsam mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geplanten Institutes für Eisenforschung, wie sie vom Kuratorium vorgeschlagen wird, einverstanden.

Geheimrat Remy berichtete ausführlich über die auf Errichtung eines Institutes für Metallkunde gerichteten Bestrebungen der metallgewinnenden und verarbeitenden Industrie und die Vorarbeiten eines freien Ausschusses, der sich zur Aufgabe gemacht hat, die einschlägigen Fragen zu erörtern.

Eine mit namhaften Mitteln ausgestattete Goldberg-Oetker-Stiftung wird die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in den Stand setzen, nach dem Krieg ein besonderes Forschungsinstitut für Biochemie ins Leben zu rufen. Bisher wurden Arbeiten auf biochemischem Gebiete lediglich in der bei dem Kaiser-Wilhelm-Institut für experimentelle Therapie bestehenden chemischen Abteilung ausgeführt.

Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie in Dahlem ist in seiner Arbeit dadurch beengt, daß sein Abteilungsdirektor, Professor Goldschmidt, in Amerika festgehalten wird. Das Institut für Physik, das Professor Einstein leitet, hat kein eigenes Heim, auch kein eigenes Laboratorium. Die kostbaren Instrumente, die Eigentum der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sind, werden an Gelehrte zur Förderung ihrer Untersuchungen verliehen.

Der Senat beschäftigte sich ferner eingehend mit den Bestrebungen der Textilindustrie und mit einigen zurzeit teils mehr teils weniger geförderten Anträgen zur Errichtung von Instituten für Textilforschung. Es erhob sich dabei eine Reihe von Fragen, die in der Sitzung noch nicht völlig geklärt werden konnten.

Schließlich wurde noch über eine Reihe anderer Anträge und Anregungen wegen Einrichtung von Forschungsinstituten verhandelt, bei denen jedoch, soweit eine Einwirkung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft überhaupt in Frage kommen kann, zurzeit noch keine endgültigen Entschlüsse gefaßt werden können. —

Im Finanzausschuß der bayrischen Kammer der Abgeordneten teilte der Kultusminister mit, daß neben der Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie auch eine **Forschungsanstalt für Bekämpfung tierischer Schädlinge** in Forst- und Landwirtschaft in Aussicht genommen sei. Diese Anstalt soll in der Nähe des Botanischen Gartens in München errichtet werden.

Preis Ausschreiben.

Die ibero-amerikanische Gesellschaft schreibt für 1918 den **ibero-amerikanischen Studienpreis** für deutsche Doktordissertationen, Habilitationsschriften sowie wissenschaftliche Erstlingsveröffentlichungen die nicht zu Promotionszwecken gedient haben, aus. Die Preisarbeiten müssen der Pyrenäenhalbinsel, dem spanischen Amerika oder Brasilien gewidmet sein und der Sprachwissenschaft, Literatur, Geschichte, Landes- und Volkskunde, Rechtswissenschaft, Wirtschafts- und Handelswissenschaft, der angewandten Naturwissenschaft und dem Gesundheitswesen entnommen sein. Der erste Preis des Wettbewerbs beträgt 1000 M.

Ausstellung.

Im September 1917 ist, wie die „Ständige Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie“ auf Grund zuverlässiger Mitteilungen bekanntgibt, im Park von Ueno (Japan) eine „Ausstellung chemi-

„scher Produkte“ eröffnet worden. Sie zeigte, welche Fortschritte Japan infolge des Aufhörens der ausländischen Einfuhr in der Erzeugung chemischer Produkte gemacht hat. — In demselben Park wird am 20./3. 1918 von der japanischen Elektrizitätsgesellschaft (Nippon Denki Kyokai) eine „Ausstellung elektrischer Artikel“ eröffnet werden.

Personal- und Hochschulnachrichten.

Die Technische Hochschule in Trondjem (Norwegen) erhielt von Frau Mathilde Wedel-Jarlsberg ein Legat von 100 000 Kronen zur Förderung der Papierstoff- und Papierindustrie durch Stipendienausstellung an Ingenieure mit Abgangsexamen zur weiteren Ausbildung in dieser Industrie.

Es wurden ernannt (berufen oder gewählt): Dr. Paul Kraus, Tübingen, zum Abteilungsvorstand an dem neugegründeten Deutschen Textilforschungsinstitut in Dresden, das die Arbeit in nächster Zeit aufnehmen wird; Georg Griebdorf, Breslau, zum Generaldirektor aller Unternehmungen der Chemisch-pharmazeutischen Werke Dr. Praetorius & Co., Breslau; Direktor Hermann Hahn, Stettin, und Direktor Ernst Bensch, Schöndorf bei Greiffenberg in Schlesien, zu Vorstandsmitgliedern der „Union“ Fabrik chemischer Produkte, Stettin; Julius Reiber, Lübeck, in den Vorstand der Deutschen Salpeterwerke Fölsch Martin Nachf. A.-G., Hamburg.

Gestorben sind: Prof. Ludwig Edinger, Vorstand des Neurologischen Instituts der Universität Frankfurt, erfolgreicher Forscher auf physiologischem Gebiet, im 63. Lebensjahre. — Wilhelm Elgt, Zwickau, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Steinkohlenwerkes „Gottes Segen zu Lugau“ am 23./1. im Alter von 83 Jahren. — Rudolf Flüs, Prokurist der Fa. Ostermann & Flüs, Metallwerke, Köln-Riehl, am 26./1. — Emanuel Glücksmann, Bergwerksdirektor, Breslau, am 29./1. im 77. Lebensjahre. — Geh.-Rat Dr. Ewald Hering, emer. Prof. für Physiologie der Universität Leipzig, Ehrendoktor der Universitäten Göttingen und Prag, Ritter des preussischen Ordens Pour le mérite, im Alter von 83 Jahren. — Brauereidirektor Kistner, Leiter der Armbrusterschen Brauerei A.-G., Offenburg, im Alter von 68 Jahren. — Chemiker Dr. Fritz Kleinschmidt, Elberfeld, am 27. 1. im 61. Lebensjahre. — Bergwerksdirektor Bergassessor Egon Lindenberg, Vorstandsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., Rheinelbe-Gelsenkirchen, am 29./1. — Dr. Gustav Möller, Berlin, Vorstandsmitglied des Deutschen Vereins für Ton-, Zement- und Kalkindustrie, Mitbegründer und Teilhaber der Fa. Müller & Pfeifer, Berlin. — Dr. August Rothpletz, Direktor des Geol.-paläontol. Instituts der Universität München, in Oberstdorf im Alter von 64 Jahren. — Heinrich Schumacher, Fährereibesitzer in Hamburg, im Alter von 48 Jahren.

Bücherbesprechungen.

Ist Magnesia ein wichtiger Düngstoff? Auf Grund vorliegender Düngeversuche bearbeitet von Dr. A. Stutzer. 51 Seiten. Berlin 1917. Paul Parey. geh. M 1,80

Die wissenschaftliche Beobachtung des „Kalkfaktors“ führt dazu, der Magnesiadüngung der Felder mehr Beachtung als bisher zu schenken. Vf. teilt in dem Schriftchen seine Ansichten über die Lehre vom Kalkfaktor mit und regt zu entsprechenden Felddüngungsversuchen an. M.-W. [BB. 106.]

Grundregeln der Mikrophotographie mit Angabe einer einfachen optisch-rationellen Apparatur. Von K. von Neergaard. Zürich 1917. Verlag von Speidel & Wurzel. Preis M 2,—.

Vf. beschreibt in Kürze die bei der Mikrophotographie in Betracht kommenden optischen Prinzipien und erläutert dann in anschaulicher Weise, wie man sich selbst ohne große Mittel eine vollkommen zweckmäßige Apparatur zusammenstellen kann, die sogar den höchsten Ansprüchen genügt. Es folgt eine Anleitung zur Aufstellung und Zentrierung der Apparatur, zur Einstellung der Aufnahme, Anwendung verschiedener Filter und sonstiger technischer Erleichterungen. Die dem Buche zum Schluß beigefügten photographisch-technischen Bemerkungen werden dazu beitragen, bei dem Mikrophotographen auch für schwierigere Aufgaben Verständnis zu wecken. Die Brauchbarkeit des Buches wird durch die beigefügten Abbildungen erhöht. F. B. [BB. 138.]

Die Hypothesen über die chemischen Vorgänge bei der Kohlensäureassimilation und ihre Grundlagen. Von H. Schroeder, a. o. Professor d. Botanik, Kiel. Jena 1917. Gustav Fischer. brosch. M 4,50

Schroeder gibt auf 170 Seiten Großquart eine überaus sorgfältige Zusammenstellung über die Gesamtheit der in der Literatur sich findenden Arbeiten. Der ausgesprochene Zweck ist lediglich eine Sichtung, nicht etwa aber die Aufstellung neuer selbständiger Hypothesen. Dementsprechend werden alle vorhandenen, oft im Widerstreit miteinander befindlichen Theorien zwar auf ihren Wert hin kritisch beleuchtet, im übrigen aber nicht angetastet, so daß das Endurteil darüber dem Leser überlassen bleibt. Der Wert der Arbeit besteht neben der Wahrung vollkommener Objektivität bei der Bewertung der bisherigen Resultate vor allem in der außerordentlichen Gründlichkeit, mit der alle irgend in Betracht kommenden Literaturangaben zusammengetragen sind. Es ist schade, daß das Studium der Schrift durch die überaus zahlreichen Durchkreuzungen mit Stellen aus den Originalen oder Hinweisen auf dieselben in Form von Anmerkungen (die stellenweise mehr Raum in Anspruch nehmen als der eigentliche Text), sowie durch einen stellenweise wenig flüssigen Stil erschwert wird.

Die Arbeit nimmt ihren Ausgang von den beiden Fundamentalhypothesen: Liebig (1843), Reduktion von CO₂ zu Kohlehydraten über aliphatische Carbonsäuren als Zwischenglieder — Baeyer (1870), Reduktion von CO₂ zu Formaldehyd und Kondensation desselben zu Zucker- oder Stärkearten. Alle weiteren Hypothesen sind dann mehr oder weniger Abkömmlinge der beiden genannten. Der experimentellen Forschung stellen sich bei dem heutigen Stande der Hilfsmittel noch nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen; daher wohl die Tatsache, daß sich in keiner anderen Frage von so grundlegender Bedeutung noch derart viel verschiedene Meinungen gegenüberstehen wie gerade hier. — Die bisherigen Untersuchungen werden gegliedert in a) chemisch-synthetische Arbeiten: Versuche, Bedingungen zu finden, die auf den Vorgang in der Pflanze anwendbar sind und nach denen man von denselben Ausgangsprodukten zu den etwa möglichen Zwischenstufen oder Endprodukten gelangen könnte; b) chemisch-analytische Arbeiten: Versuche zur Isolierung möglicher Zwischenglieder; c) physiologische Arbeiten: Studien der Wachstumsvorgänge unter dem Einfluß ausgewählter chemischer Agentien. Alle drei Arbeitsmethoden haben noch immer kaum die ersten Anfangsschwierigkeiten überwunden, so daß leider noch heutigentags oft kühne Spekulation an die Stelle exakter, experimentell gewonnener Grundlagen treten muß, um überhaupt Vorstellungen über die Assimilationsvorgänge zu erhalten. Flach. [BB. 134.]

Der große Krieg.

Es starb den Fliegertod:

Leutn. d. Res. Dr. Paul Döge aus Leipzig, am 30./1. 1918.

Das Eiserner Kreuz haben erhalten:

1. Klasse:

Dr. Lothar Meyer, Unteroffizier, Chemiker der Internationalen Galalith-Gesellschaft Hoff & Co., Harburg a. E. (Chemiker Karl Wendler, Unteroffizier.)

2. Klasse:

Dr. W. Decke, städtischer Betriebsdirektor in Mannheim, Hauptmann d. L.

Stabsapotheker Dr. Frankenstein, Hamburg.

Chemiker Carl Friedrich Haase, Leutn. d. Res.

Ing. Chem. Friedrich Jordan, Vizewachmeister.

Chemiker Oskar Schimpf, Vizefeldwebel d. Res., Inhaber der badischen Verdienstmedaille.

Andere Kriegsauszeichnungen:

Stabsapotheker d. L. Dr. Hugo Bauer, hat das Ritterkreuz 1. Kl. des württembergischen Friedrich-Ordens mit Schwertern erhalten.

Das Kriegsverdienstkreuz haben erhalten: Fabrikbesitzer Richard Brauer, vorm. A. Brauer, Chemische Fabrik Lüneburg; Dr. Richard Fischer, Chemiker der Farbenfabrik vorm. Friedr. Bayer & Co., Leverkusen.